

INI2 Menschenunwürdige Zustände bei der Unterbringung von Geflüchteten beenden!

Antragsteller*in: KV Erfurt
Tagesordnungspunkt: 17. Initiativanträge

Antragstext

1 **Menschenunwürdige Zustände bei der Unterbringung von Geflüchteten beenden!**

2 Wieder einmal ist die Diskussion um Migration in vollem Gange. Rechte und
3 konservative machen Stimmung und hetzen. Sie versuchen den Leuten weiß zu
4 machen, dass Sie die Gemeinschaftsunterkunft mehr kostet, als beispielsweise die
5 Milliarden die jedes Jahr an der Erbschaftssteuer vorbeigeschmuggelt werden.

6 Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Menschen müssen auch wie Menschen behandelt
7 werden. Das dies überhaupt diskutiert und verteidigt werden muss verdeutlicht
8 den absolut Menschenunwürdigen Zustand dieser Debatte.

9 Ereignisse, wie das Feuer in Apolda bei dem ein junges Kind starb dürfen nicht
10 sein. Worte, die scharf genug sind, die Situation in Unterkünften zu verurteilen
11 gibt es nicht. Wir als Gesellschaft machen uns schuldig, indem wir
12 Schutzsuchende wie Kriminelle behandeln und ihnen weniger Rechte zusprechen, als
13 „Deutschen“ Mitmenschen.

14 Es braucht verpflichtende Mindeststandards für die Unterbringung von
15 Geflüchteten und damit eine grundlegende Veränderung der **ThürGUSVO** (Thüringer
16 Gemeinschaftsunterkunfts- und Sozialbetreuungsverordnung).

17 Die Jusos Thüringen fordern dahingehend:

18 **Menschenwürdiges Wohnen für alle!**

- 19 • Die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten muss in allen Kommunen
20 möglich sein. Das Land und der Bund müssen hier die nötigen finanziellen
21 Mittel bereitstellen
- 22 • Die Mindeststandards müssen verbindlich für alle Unterkünfte jeder Art in
23 Thüringen gelten. Egal ob Gemeinschaftsunterkunft oder
24 Erstaufnahmeeinrichtung.
- 25 • Es soll mindestens mit einer Fläche von 10m² pro Person gerechnet werden.
26 Die aktuellen 6m² sind ganz klar zu wenig.
- 27 • Alleinstehende Personen sollen maximal in zweier Zimmer untergebracht
28 werden. Dabei muss Rücksicht genommen werden auf Lebensstil (z.B.
29 Schichtarbeit) und besondere Schutzbedarfe. Eine räumliche Abgrenzung, um
30 ein Mindestmaß an Privatsphäre zu ermöglichen muss gewährleistet werden.
- 31 • Familien müssen immer in einem eigenen Zimmer untergebracht werden.

- 32 • Es müssen genügend Bäder und Küchen mit allen nötigen Bestandteilen zur
33 Verfügung gestellt werden, sodass sich nie mehr als 4 Personen diese
34 teilen müssen. Familien müssen immer über ein eigenes Bad verfügen. Weiter
35 müssen sie sich die Küche mit maximal einer weiteren Familie teilen
36 müssen.
- 37 • Unterkünfte dürfen nicht in die Peripherie verbannt werden. Ein Zugang zur
38 Versorgung mit Bedarfen des täglichen Lebens muss mit dem ÖPNV
39 gewährleistet sein. Schulen, Supermärkte, Arztpraxen, Poststellen,
40 Behörden etc. müssen von der Unterkunft aus in einer für die Region
41 üblichen Zeit mit dem ÖPNV erreichbar sein.
- 42 • Unterkünfte dürfen im Regelfall eine Größe von 30 Personen nicht
43 überschreiten. Zu große Unterkünfte machen sinnvolle Sozialbetreuung durch
44 Sozialarbeiter:innen unmöglich. In Ausnahmen müssen Unterkünfte über 30
45 Menschen intern eine organisatorische Trennung in Teile mit maximal 30
46 Menschen vollzogen werden. Außerdem können sehr große Unterkünfte dafür
47 genutzt werden, große Zahlen Geflüchtete an einem bestimmten Ort
48 unterzubringen, um sie aus dem weiteren Stadtbild herauszuhalten. Das muss
49 verhindert werden.
- 50 • Es braucht einen festen Mindest-Schlüssel von Sozialarbeiter:innen mit
51 eigenem Büro in der Unterkunft. An vielen Orten haben sich Schlüssel von
52 1:100 oder sogar mehr etabliert. Wir fordern, dass solch ein Schlüssel
53 1:15 nicht überschreiten darf. Außerdem sollte dieses Büro acht Stunden am
54 Tag und fünf Tage die Woche besetzt sein, damit Bewohner:innen unabhängig
55 von Arbeitszeiten die Angebote zur Beratung nutzen können. Jedes Büro muss
56 mit einer Möglichkeit zum Videodolmetschen ausgestattet sein.
- 57 • In jeder Unterkunft muss es Gemeinschaftsräume und Kinderspielzimmer
58 geben, die für alle zugänglich und gut ausgestattet sind. Der Zugang zu
59 Sporträumen muss gewährleistet werden.
- 60 • Die Sicherheit der Unterkünfte muss immer gewährleistet sein. Die
61 Brandmeldeanlage muss genauso wie bei einem Studierendenwohnheim direkt an
62 die lokale Leitstelle angeschlossen sein.

63 **Wohnpflicht in Sammelunterkünften streichen! §49 Abs. 2 Asylgesetz nutzen!**

- 64 • Jemand der über Bekannte, Freunde, Verwandte oder auf anderem Wege die
65 Möglichkeit hat während seines Asylverfahrens privat unterzukommen, soll
66 diese Möglichkeit auch nutzen können. Dies entlastet Betroffene und
67 Unterkünfte.

68 **Wir verurteilen den Migrationspolitischen Kurs der Bundesregierung aufs** 69 **schärfste!**

70 Das Innenministerium ist nun in SPD-Hand aber Seehofers Geist lebt ganz
71 eindeutig weiter. Massenabfertigung durch Grenzverfahren und die Ausweitung der
72 Anzahl der sicheren Drittstaaten sind Ideen, die nichts mit folgendem Satz aus
73 dem Koalitionsvertrag der Ampel zu tun haben:

74 „Wir wollen die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen
75 beenden.“

76 Das Leid an den Außengrenzen wird aktuell nicht bekämpft sondern vorangetrieben.

- 77 • Wir positionieren uns ganz klar gegen die geplanten Lager an den EU-
78 Außengrenzen. Haft darf nicht die Antwort auf die Suche nach Schutz sein!
- 79 • Wir fordern die Innenministerin Nancy Faeser auf am 8. Juni 2023 beim
80 Treffen der EU-Innenminister:innen gegen die Pläne der EU zu stimmen.
- 81 • Wir fordern jede:n innerhalb der SPD Thüringen dazu auf sich klar gegen
82 diese Pläne zu positionieren.

Begründung

erfolgt mündlich.